

BGE 29 I 627

Bundesgericht (BGE), 1903-12-26, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/bge_29_I_627

FR: ATF 29 I 627

IT: DTF 29 I 627

Volltext

133. Entscheid vom 26. Dezember 1903 in Sachen Kramer & Siegfried. Einspruchsverfahren, Art. 106 /109 Sch.- u. K.-Ges. Klagaufforderung I. In einer Betreuung Nr. 267, welche die Rekurrenten Kramer & Siegfried gegen Juan Pages in Rheinfelden angehoben hatten, kam es zu einer Pfändung von 30 verschiedenen Vermögensobjekten, welche die Ehefrau des Betriebenen alle zu Eigentum ansprach. Am 31. Juli 1903 schrieb das Betreibungsamt Rheinfelden an Frau Pages: Kramer & Siegfried hätten in Betreuung Nr. 267 ihre Eigentumsansprache bestritten und es werde ihr deshalb eine Frist von zehn Tagen gesetzt, innerhalb welcher sie beim Gerichtspräsidium Rheinfelden gegen die vorgenommene Pfändung Klage führen müsse. Am 3. August 1903 reichten darauf Pages und seine Frau dem Gerichtspräsidenten von Rheinfelden eine Eingabe ein, worin sie gegen die Pfändung Einspruch erhoben und geltend machten, daß sämtliche davon betroffenen Gegenstände der Frau gehören. Diese Eingabe wurde vom Gerichtspräsidenten dem Bezirksgericht Rheinfelden übermittelt, welches unterm 18. September 1903 beschloß, darauf nicht einzutreten, da sie den Erfordernissen einer Klage im Sinne der Civilprozeßordnung nicht genüge. Die gegen diesen Beschluß ergriffene Weiterziehung scheint zur Zeit noch unerledigt zu sein. II. Am 16. September hatte inzwischen Frau Pages Beschwerde geführt mit dem Begehren, die Klagaufforderung vom 31. Juli 1903 als eine ungenügende und wirkungslose aufzuheben und das Betreibungsamt anzuweisen, ihr eine neue gesetzeskonforme Klagaufforderung mit neuer zehntägiger Klagfrist zuzustellen. Zur Begründung wurde geltend gemacht, daß eine einfache Verweisung

in der Aufforderung auf die Nummer der Betreuung oder der Pfändungsurkunde gesetzlich nicht genüge, sondern die Gegenstände, bezüglich deren eine Bestreitung stattgefunden habe, deutlich und genau bezeichnet werden müssen. III. Die untere Aufsichtsbehörde hieß unterm 8. Oktober 1903 die Beschwerde aus dem geltend gemachten Grunde gut und wies das Betreibungsamt an, der Frau Pages eine neue Klagaufforderung unter genauer Spezifikation der gepfändeten Gegenstände anzusetzen. Die kantonale Aufsichtsbehörde, an welche die betreibenden Gläubiger diesen Entscheid weiterzogen, bestätigte ihn unterm 18. November 1903, indem sie allerdings die Motivierung der ersten Instanz verwarf und dafür auf die Erwägung abstellte: Es sei fehlerhaft gewesen, daß das Betreibungsamt die Frau Pages angewiesen habe, beim Gerichtspräsidenten statt bei dem in Sachen zuständigen Bezirksgerichte zu klagen, und diese offenbar unrichtige, die Ansprecherin irreleitende Verfügung sei als Rechtsverweigerung zu betrachten, gegen die jederzeit Beschwerde geführt werden könne. IV. Mit ihrem gegenwärtigen innert Frist eingereichten Rekurse an das Bundesgericht erneuern Kramer & Siegfried ihr Begehren um Aufhebung der von der ersten Instanz erlassenen Weisung an das Betreibungsamt. Die Schuldbetreibungs- und Konkurskammer zieht in Erwägung: 1. Mit Recht hat die Vorinstanz die Auffassung der untern Aufsichtsbehörde verworfen, daß die Klagaufforderung des Betreibungsamtes

Rheinfelden vom 31. Juli 1903 deshalb ungesetzlich sei, weil sie die von Frau Pages vindizierten Objekte nicht einzeln bezeichne. Wenn, wie hier der Fall war, die Vindikation des Drittsprechers bezüglich sämtlicher Gegenstände bestritten wird, so hat eine solche spezifizierte Bezeichnung in der an den drittsprecher zu erlassenden Mitteilung bezw. Klagaufforderung praktisch keinen Zweck. Es genügt vielmehr die Angabe, daß die Bestreitung sich auf sämtliche vindizierten Objekte erstrecke, völlig, um den Drittsprecher über den Sachverhalt in einer keinen Zweifel lassenden Weise aufzuklären. Daß dessen ungeachtet das Gesetz ein mehreres fordere, läßt sich aus ihm nicht entnehmen.

2. Aber auch die Erwägung hält nicht Stand, von der aus die kantonale Aufsichtsbehörde zur Aufhebung der Klagaufforderung vom 31. Juli 1903 gelangt ist: daß nämlich darin Frau Pages zur Einreichung der Klage bei einem unzuständigen Richter - dem Gerichtspräsidenten statt dem Bezirksgerichte Rheinfelden angewiesen worden sei. Die Bezeichnung einer unrichtigen Gerichtsstelle in der Klagaufforderung hatte nicht etwa zur Folge, daß Frau Pages, nachdem sie dieser Gerichtsstelle ihre Klage eingereicht hatte, damit abgewiesen worden wäre. Vielmehr wurde die Klage der Frau Pages vom Gerichtspräsidenten dem für ihre Beurteilung kompetenten Bezirksgericht übermittelt, und wenn dieses auf Nichteintreten entschied, so geschah das nicht deshalb, weil die Klage von der Klägerin an die unrichtige Amtsstelle gerichtet worden war, sondern lediglich, weil sie ihrem Inhalte nach den Anforderungen des kantonalen Civilprozeßgesetzes nicht entsprach. Jener Fehler in der betreibungsamtlichen Klagaufforderung hat also auf die Interessen der Klägerin in keiner Weise schädigend eingewirkt; sondern ein von der Klagaufforderung als solcher ganz unabhängiger, selbständiger Umstand, die ungenügende Klagabfassung, bildet den Grund, wegen dessen Frau Pages ihr Klagrecht nunmehr unter Umständen wegen Verwirkung nicht ausüben kann. Danach rechtfertigt es sich auch nicht, die Klagaufforderung vom 31. Juli 1903 aufzuheben und sie durch eine neue ersetzen zu lassen, nachdem Frau Pages seinerzeit dagegen nicht innert Frist Beschwerde geführt hat, sondern ihr vorbehaltslos nachgekommen ist. Es würden durch Guttheißung der nachträglichen Beschwerde nicht die Folgen einer unrichtigen betreibungsamtlichen Verfügung, sondern diejenigen einer unrichtigen Partei vorkehr wieder gutgemacht. Daß im vorwürfigen Falle keine Rechtsverweigerung im Sinne des Betreibungsgesetzes vorliegt, wie die Vorinstanz meint, ergibt sich aus dem Gesagten von selbst. Demnach hat die Schuldbetreibungs- und Konkurskammer erkannt: Der Rekurs wird begründet und damit in Aufhebung der kantonalen Entscheide die betreibungsamtliche Klagaufforderung vom 31. Juli 1903 als zu Recht bestehend erklärt.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.